

03.04.2014

Bundesministerium des Innern
11014 Berlin**mailto: VII5@bmi.bund.de****Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes
(Staatsangehörigkeitsänderungsgesetz – StAÄndG 2014)****hier: Ihr Schreiben vom 31.03.2014/AZ: VII5-20102/118#1**Sehr geehrter Herr Wessendorf,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit o.g. Schreiben bitten Sie um eine Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) bis zum 03. April 2014, 16.30 Uhr.

Eine Stellungnahmefrist von lediglich drei Arbeitstagen lässt eine ausreichende Auseinandersetzung mit den beabsichtigten weitreichenden Änderungen nicht zu. Eine derart kurze Fristsetzung konterkariert die den kommunalen Spitzenverbänden nach § 47 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien gewährten Beteiligungsrechte und lässt eine angemessene Einbeziehung der kommunalen Praxis nicht zu. Die Einbeziehung der kommunalen Praxis darf aber nicht zu einem bloßen Formalismus verkommen. Sie dient neben der Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung wie insbesondere der Prüfung von Gesetzgebungsvorhaben auf ihre Vollzugstauglichkeit hin und liegt insofern auch im wohlverstandenen Interesse der Bundesgesetzgebung. Wir bitten, gegenüber Ihrer Hausleitung darauf ausdrücklich hinzuweisen.

Die geplanten Änderungen im StAG sind für die Kommunen insbesondere mit Blick auf das damit verbundene Verwaltungsverfahren von Bedeutung. Dies umso mehr, als die Einbürgerungsbehörden ab dem Jahr 2018 von einer Steigerung der betroffenen Personengruppe um ein Vielfaches ausgehen (6-10fache Steigerung).

Der Verwaltungsaufwand, der durch die geplanten Änderungen auf die betroffenen kommunalen Behörden zukommt (§ 29 Abs. 5 und 6: Entgegennahme und Prüfung von Anträgen auf Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit, Prüfung von Meldedaten, ggf. mehrfaches Anschreiben von Betroffenen, amtliche Feststellungen, ggf. Mitteilungen an das Bundesverwaltungsamt) ist beträchtlich.

Aus Sicht der Kommunen ist es höchst fraglich, ob dieser Aufwand, wie in der Gesetzesbegründung unterstellt, dadurch kompensiert wird, dass die Aufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit in der überwiegenden Zahl der Fälle nicht mehr überprüft werden muss. Solange das Bundesmeldegesetz noch nicht umgesetzt ist, wird es im Gegenteil für einen Teil der Betroffenen zu einem dramatischen Mehraufwand für die kommunalen Melde- und Staatsangehörigkeitsbehörden kommen.

Im Einzelnen:

Zu § 29 Abs. 1 Nr. 4 StAG-E:

Hinsichtlich der beabsichtigten Straffung des Verfahrens wird aus Sicht der Praktiker zu Bedenken gegeben, dass für die Durchführung des Entlassungsverfahrens und die Beantragung der Beibehaltungsgenehmigung ein erheblich verkürzter Zeitraum zur Verfügung stehen wird, der je nach Staatsangehörigkeit ggf. nicht einzuhalten sein wird. Daraus resultiert weiterhin das Erfordernis der Beantragung der vorsorglichen Beibehaltungsgenehmigung durch die Betroffenen (vgl. Abs. 3).

Zu § 29 Abs. 1a S. 2 StAG-E

Die unbestimmten Rechtsbegriffe „... engen Bezug zu Deutschland ...“ und „... besondere Härte...“ bedürfen einer näheren Erläuterung bzw. rechtlichen Klärung.

Zu § 29 Abs. 3 S. 3 StAG-E

In den gegenwärtigen Optionsverfahren hat sich bereits gezeigt, dass die Festsetzung einer Ausschlussfrist für die Beantragung einer Beibehaltungsgenehmigung zu unbilligen Härtefällen führt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der Optionspflichtige rechtzeitig seinen Entlassungsantrag aus der ausländischen Staatsangehörigkeit stellt, hier jedoch eine unverhältnismäßig lange Bearbeitungsdauer erforderlich ist und die Entlassung nicht rechtzeitig zum Stichtag vorliegt. Es wird daher die Streichung des § 29 Abs. 3 S. 3 StAG-E angeregt (Ausschlussfrist).

Zu § 29 Abs. 5 S. 2 StAG-E

Soweit die melderechtliche „Vorprüfung“ nach § 29 Abs. 5 S. 2 StAG-E erfolglos bleibt, wird das weitere Optionsverfahren in Gang gesetzt. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass sich entgegen der Gesetzesbegründung aus dem Gesetzestext (§ 29 Abs. 3, 4 StAG-E) nicht ergibt, dass die Staatsangehörigkeitsbehörden von Amts wegen eine Beibehaltungsgenehmigung erteilen können. Eine entsprechende Klarstellung im Text wäre hilfreich.

Zu § 34 Abs. 1 StAG

Hinsichtlich der zur Durchführung des Optionsverfahrens zu meldenden Daten ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die Meldebehörde die in Nr. 4 und 5 genannten Daten zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vollständig liefern kann. Bei einem mehrfachen Wohnsitzwechsel der Betroffenen kann die Meldebehörde der Staatsangehörigkeitsbehörde lediglich die Meldedaten in ihrem Zuständigkeitsbereich sowie die letzte frühere Anschrift mitteilen. In diesen Fällen wären ggf. mehrere vorherige Meldebehörden nacheinander zu beteiligen. Dies würde einen erheblichen Aufwand bedeuten und eine Verzögerung des Verfahrens mit sich bringen.

Gleiches gilt für Zuwanderung aus dem Ausland. Hier verfügt die Meldebehörde über keine unmittelbare Kenntnis über einen ggf. früheren Aufenthalt in Deutschland; vielmehr müsste hierzu der Betroffene befragt werden.

Diese Situation wird sich erst mit der Umsetzung des Bundesmeldegesetzes ab dem 01.05.2015 schrittweise ändern. Erst ab diesem Zeitpunkt werden den Meldebehörden vollständige Meldeverläufe von Betroffenen länderübergreifend zugänglich sein.

Schließlich ist noch darauf zu verweisen, dass der Gesetzentwurf keine Regelung hinsichtlich der hier aufgewachsenen „Optionskinder“ enthält, welche die deutsche Staatsangehörigkeit nach der bisherigen Regelung verloren haben oder ihre ausländische Staatsangehörigkeit wegen der alten Rechtslage aufgeben mussten, um die deutsche Staatsangehörigkeit behalten zu können. Die hierzu in der Gesetzesbegründung gemachten Hinweise zur Wiedereinbürgerung bzw. zur Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung sollten klarstellend in den Gesetzestext aufgenommen werden.